STADT NORDEN

Niederschrift

über die Sitzung des Jugend-, Bildungs- und Sozialausschusses (05/JBS/2007)
am 05.11.2007
im Sitzungszimmer des Rathauses

- öffentliche Sitzung -

Sitzungsdauer und Anwesenheit siehe Anwesenheitsliste

Tagesordnung:

1. Eröffnung der Sitzung (öffentlicher Teil)
2. Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit
3. Feststellung der Tagesordnung mit Entscheidung über die Aufnahme von Dringlichkeitsanträgen
4. Bekanntgabe von Eilentscheidungen
5. Bekanntgaben
6. Sozialpass
Vorlage: 0381/2007/2.2
7. Genehmigung der Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Jugend-, Bildungs- und Sozialausschusses am 12.06.2007 -Sch-
Vorlage: 0332/2007/2.2
8. Einrichtung einer Ganztagschule an der Grundschule Im Spiet
Vorlage: 0376/2007/2.2
9. Einrichtung eines Schulmittelfonds
Antrag der SPD-Fraktion vom 18.10.2007
Vorlage: 0389/2007/2.2
10. Einrichtung einer Gesamtschule
Antrag der SPD-Fraktion vom 19.10.2007
Vorlage: 0390/2007/2.2
11. Vereinbarung über die Aufgabenwahrnehmung "Kindertageseinrichtungen" der Städte

und Gemeinden mit dem Landkreis
Vorlage: 0386/2007/2.2

12. Kindergartenbedarfsplanung 2007 des Landkreises Aurich
Vorlage: 0384/2007/2.2
13. Stadtbibliothek, Sachstandsbericht "Bibliothekskonzept"
Vorlage: 0253/2007/2.2
14. Kostenrechnungsbericht 2005 und 2006 der Sozialen Betriebe
Vorlage: 0387/2007/2.2
15. Verwaltungskostenrechnungsbericht 2006
Fachdienst Jugend, Schule, Sport, Kultur
Vorlage: 0391/2007/2.2
16. Berichtswesen;
Ausführungsstand Verwaltungshaushalt (Fachdienste 2.2 und 2.3)
Umsetzung von Maßnahmen im Vermögenshaushalt
Vorlage: 0379/2007/2.2
17. Dringlichkeitsanträge
18. Anfragen
19. Wünsche und Anregungen
20. Schließung der Sitzung (öffentlicher Teil)

zu 1 Eröffnung der Sitzung (öffentlicher Teil)

Die Vorsitzende Feldmann begrüsst die Anwesenden und eröffnet die Sitzung um 17.00 Uhr.

zu 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit

Die ordnungsgemäße Einladung und die Beschlussfähigkeit werden festgestellt.

zu 3 Feststellung der Tagesordnung mit Entscheidung über die Aufnahme von Dringlichkeitsanträgen

Es liegen keine Dringlichkeitsanträge vor.

zu 4 Bekanntgabe von Eilentscheidungen

Es liegen keine Eilentscheidungen vor.

zu 5 Bekanntgaben

Es liegen keine Bekanntgaben vor.

**zu 6 Sozialpass
Vorlage: 0381/2007/2.2**

Sach- und Rechtslage:

Zu der am 14.6. bzw. 13.9.2007 beschlossenen Einführung des Sozialpasses hat die SPD-Fraktion mit Schreiben vom 28.9.07 (s. Anlage) eine weitere politische Beratung beantragt, weil sie sich eine Erweiterung des Sozialpasses, angelehnt an das „Oldenburger Modell“ vorstellen kann. Hierzu wird beantragt, für die nächste Sitzung eine Vertreterin/einen Vertreter des Arbeitskreises Erwerbslosigkeit in Norden einzuladen, um das Projekt vorzustellen.

Auf Wunsch des Arbeitskreises wird Frau Gudrun Grebhardt in der Sitzung am 5.11.07 die Vorstellungen vortragen.

Darüber hinaus hat sich Herr Thomas Ponel, Agenda-Beauftragter des Agenda Büros der Stadt

Oldenburg, bereit erklärt, das Oldenburger Modell im Ausschuss zu erläutern.

Zur weiteren Vorbereitung auf die Sitzung und die politische Beratung sind dieser Vorlage Unterlagen zum „Oldenburger Modell“ beigelegt. Weitere Informationen stehen auch im Internet unter www.oldenburg.de/agenda.2.1 zur Verfügung bzw. können heruntergeladen werden.

Wortprotokoll:

Herr Pönel, Agendabeauftragter der Stadt Oldenburg, berichtet über den Oldenburgpass. Dieser soll sozial schwachen Menschen die Möglichkeit bieten, am öffentlichen Leben teilzunehmen. Viele Vereine, Kultur- und Bildungs- und sonstige Einrichtungen bieten Rabatte, z.B. Sportvereine 50 % Rabatt. Infomaterial wurde in der Sitzung zur Verfügung gestellt. Derzeit ca. 2500 Pässe (25000 Berechtigte) ausgegeben. Warum nur 10 % der Berechtigten des Pass nutzen ist nicht bekannt; Informationsdefizit oder auch eine Schamgrenze der Berechtigten seien Möglichkeiten, es gibt allerdings keine wissenschaftlichen Erkenntnisse.

Mittlerweile ist der Oldenburgpass auch ein Ehrenamtspass. Die Vergünstigungen des Passes können so auch ehrenamtlich engagierte Menschen erhalten (Voraussetzung 100 Std. ehrenamtliches Engagement bescheinigt).

Bislang hat der Pass kein Geld gekostet. Die persönliche Ansprache hat am meisten Erfolg gebracht, insbesondere bei kleineren und mittelgroßen Firmen. Erstmals (und einmalig) wurden 2007 50.000 € für Bahn- und Busfahren, Schwimmen sowie Bildungsgutscheine im städtischen Haushalt zur Verfügung gestellt. Dieses Angebot wurde allerdings nicht entsprechend nachgefragt.

Frau Grebhardt trägt einen Konzeptvorschlag vor. Der Konzeptvorschlag wird als Mitteilung zu Beschluss-Nummer 0381/2007/2.2 der Politik zur Verfügung gestellt. Es wird vorgeschlagen die Berechtigungsgrundlage auf eine „Mindestlohngrenze“ zu beziehen und nicht lediglich auf Hartz IV. Ein entsprechendes Verfahren wäre problematisch, da umfangreiche Berechnungen erforderlich werden könnten. Die Zahl der Erwachsenen, die Anspruch auf Hartz VI-Leistungen haben, soll ermittelt werden.

Seitens der Politik wird die Entwicklung eines umfassenderen Modells unter Einbeziehung von Organisationen wie Wohlfahrtsverbänden und Parteien etc. begrüßt. Positiv wird auch die Verwendung eines entsprechenden Passes für Ehrenamtliche gesehen. Dadurch würde auch eine mögliche Stigmatisierung der Berechtigten wegfallen und das Image des Passes angehoben werden. Eine Bevorzugung von Kindern und Jugendlichen könnte durch die gezielte Auswahl von Partnern erreicht werden, indem ein zielgruppenorientiertes Angebot erstellt wird.

Auf den aktuellen Norder Sozialpass gibt es derzeit noch keine Resonanz. Dies liegt wahrscheinlich an der zeitlichen Nähe, da die Möglichkeit den Pass zu erhalten erstmals am 20.10. veröffentlicht wurde. In den Schulen werden die Informationen seit Ende der Herbstferien bekanntgemacht.

In der nächsten Sitzung des Ausschusses für Jugend, Bildung und Soziales soll weiter beraten werden.

Beschluss:

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

Stimmergebnis:	Ja-Stimmen:	11
	Nein-Stimmen:	0
	Enthaltungen:	0

- zu 7 **Genehmigung der Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Jugend-, Bildungs- und Sozialausschusses am 12.06.2007 -Sch-
Vorlage: 0332/2007/2.2**

Sach- und Rechtslage:

entfällt

Beschluss:

Die Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Jugend-, Bildungs- und Sozialausschusses am 12.06.2007 wird genehmigt.

Stimmergebnis:	Ja-Stimmen:	8
	Nein-Stimmen:	0
	Enthaltungen:	3

- zu 8 **Einrichtung einer Ganztagschule an der Grundschule Im Spiet
Vorlage: 0376/2007/2.2**

Sach- und Rechtslage:

1. Allgemeines

Allgemeinbildende Schulen können nach § 23 Abs. 1 NSchG als Ganztagschulen geführt werden. Antragsberechtigt sind Schule, Schulelternrat und Schulträger.

Die Gesamtkonferenz der Grundschule Im Spiet hat am 15.10.2007 mit nur 2 Stimmenthaltungen beschlossen, dass die Schule zum Schuljahresbeginn 2008/2009 als Ganztagschule eingerichtet werden soll.

Die Einrichtung einer Ganztagschule bedarf nach § 23 Abs. 4 NSchG der Genehmigung durch die Schulbehörde. Der Schulträger muss sein Einverständnis erklären. Es soll ein Antrag auf Führung einer Ganztagschule nach § 23 Abs. 1 NSchG gestellt werden, ersatzweise in Verbindung mit den Nrn. 8.2 und 2.4.1 des Erlasses „Die Arbeit in der öffentlichen Ganztagschule“ vom 16.03.2004.

2. Begründung

Die Stadt Norden führt Ganztagschulen in der Hauptschule und der Realschule. Für eine durchgehende Ganztagsversorgung fehlt noch der Grundschulbereich. Der Beginn soll in der Grundschule Im Spiet gemacht werden, weil durch Kinder aus sozial schwachen oder problematischen Elternhäusern der größte Bedarf besteht. Rd. 30 % der Erziehungsberechtigten sind ALG II-Empfänger und ca. 30 % der Kinder haben einen Migrationshintergrund oder sind Ausländer.

Der Ganztagsbetrieb soll an 4 Tagen in der Woche stattfinden mit einem Zeitrahmen von 7

Stunden. In der Mittagspause wird ein Essen angeboten mit einer ausgewogenen Ernährung. Durch die Teilnahme an den Projekten „NiKo Niedersächsisches Kooperations- und Bildungsprojekt“ und „BesserEsser der Bahlsen-Stiftung“ werden die Einnahme eines gesunden Frühstücks sowie Pausen mit viel Bewegung gefördert. Viele Kinder kommen ohne Frühstück zur Schule und erhalten auch kein regelmäßiges Mittagessen.

Die Nachmittagsangebote umfassen die Bereiche Bewegung, künstlerisches Gestalten, Hausaufgabenhilfe, Kooperation mit außerschulischen Partnern.

Bereits nach den Herbstferien wird die GS Im Spiet in einer Testphase ein Mittagessen für die Jahrgänge 1 und 2 anbieten. Die Schule geht davon aus, dass bis zu 20 Schulkinder teilnehmen werden.

Um die Entwicklungs- und Bildungschancen von Kindern in sozial schwachen Familien zu fördern, sollte die Ganztagsbetreuung bereits im Kindergarten beginnen. Eine durchgängige Ganztagsversorgung vom Elementar- bis Sekundarbereich 1 für Kinder aus problematischen Familienverhältnissen sollte bildungspolitisches Ziel sein.

2. Raumprogramm, Kosten

Für die Abwicklung des Mittagessens soll ein Klassenraum als Speiseraum hergerichtet werden. Der Raum ist so gelegen, dass die Essenanlieferung problemlos von der Hermann-Conring-Str. erfolgen kann. In Zusammenarbeit mit dem Mehrgenerationenhaus der KVHS wird ein warmes Essen geliefert zum Preis von 2,04 €. Analog zu der Regelung in der Hauptschule und Realschule sollen bedürftige Kinder nur 1,00 € zahlen, der Rest wird von der Stadt als Zuschuss übernommen.

Die Küche der Grundschule muss modernisiert werden, um den Anforderungen der Ganztagschule in Kooperation mit dem Projekt „BesserEsser“ gerecht zu werden.

Die Modernisierungs- und Umgestaltungsmaßnahmen sollen aus dem Budget Schulen bzw. den Vermögenshaushaltsansätzen der Grundschulen finanziert werden.

Der Essenzuschuss für die Testphase wird im Budget 2007 gedeckt. Im Haushalt 2008 sind die Mittel zusätzlich bereitzustellen.

Wortprotokoll:

Frau Zitting erläutert die Sach- und Rechtslage. Frau Rektorin Willers stellt den Organisationsplan der Schule vor und erläutert die pädagogischen Hintergründe. Im Rahmen der verlässlichen Grundschule bietet die Grundschule im Spiet eine Betreuung von 7.30 Uhr bis 13.00 Uhr an. In einer Probephase werden zunächst 12 Kindern betreut. Senioren beaufsichtigen die Gruppe bis zum Beginn des Nachmittagsangebotes um 13.45 Uhr.

Das Nachmittagsangebot wird mit Kooperationspartnern wie FC Norden, Tennisclub, Ruderclub und Kunstschule durchgeführt. Eine Kooperation mit der Musikschule ist wünschenswert, scheitert aber in der Regel an den hohen Kosten, die die Eltern vieler Kinder nicht aufbringen können. Eine Erweiterung der Zusammenarbeit mit Senioren und dem Mehrgenerationenhaus könnte möglich werden.

Beschluss:

Der Einrichtung einer Ganztagschule an der Grundschule Im Spiet zum Schuljahr 2008/2009 wird zugestimmt.

Stimmergebnis:	Ja-Stimmen:	13
	Nein-Stimmen:	0
	Enthaltungen:	0

zu 9 **Einrichtung eines Schulmittelfonds**
Antrag der SPD-Fraktion vom 18.10.2007
Vorlage: 0389/2007/2.2

Sach- und Rechtslage:

Die SPD-Fraktion hat mit Schreiben vom 18.10.2007 folgenden Antrag eingereicht:

„Der Rat der Stadt Norden möge beschließen:
Die Stadt Norden richtet für die in ihrer Trägerschaft befindlichen Schulen einen Schulfonds für bedürftige Schülerinnen und Schüler ein.“

Die Begründung entnehmen Sie bitte dem beigefügten Antrag.

Wortprotokoll:

Herr Forster begründet den Antrag der SPD Fraktion. Schülerinnen und Schüler die eine Schule in Trägerschaft der Stadt Norden besuchen sollen unterstützt werden. Eine unbürokratische Regelung wäre wünschenswert. Das Geld könnte den Schulen direkt zur Verfügung gestellt werden, damit von dort die benötigten Sachmittel angeschafft werden können. Ein Konzept für alle Schulen innerhalb des Landkreises wäre wünschenswert.

Der Antrag wird allgemein befürwortet. Sächliche Leistungen werden positiv gesehen. Ursache für den derzeitigen Zustand ist die Landes- und Bundespolitik, es sollte versucht werden, dort entsprechend einzuwirken, dass wieder eine Gleichheit für alle Schüler hergestellt werden kann.

Frau Willers und Frau Higgen führen aus, dass die Schulen zeitlich nicht in der Lage sind einen entsprechenden Fonds zu verwalten. Des Weiteren dürfen die Eltern nicht aus der Verantwortung für ihre Kinder genommen werden.

Die Verwaltung wird gemeinsam mit den Schulleitern der Norder Schulen erörtern, wie ein Schulmittelfonds unbürokratisch und praktikabel gehandhabt werden kann.

Beschluss:

Der Antrag soll in der nächsten Sitzung des Ausschusses für Jugend, Bildung und Soziales beraten werden.

Stimmergebnis:	Ja-Stimmen:	13
	Nein-Stimmen:	0
	Enthaltungen:	0

zu 10 **Einrichtung einer Gesamtschule**
Antrag der SPD-Fraktion vom 19.10.2007
Vorlage: 0390/2007/2.2

Sach- und Rechtslage:

Die SPD-Fraktion hat mit Schreiben vom 19.10.2007 den Antrag gestellt, die Einrichtung und den Standort einer Gemeinschaftsschule für die Stadt Norden zu beraten.

Die Begründung entnehmen Sie bitte dem beigefügten Antrag.

Wortprotokoll:

Es besteht Einigkeit, dass eine umfassende Diskussion erforderlich ist, um festzustellen, ob und gfs. welche Veränderungen in der Schullandschaft in Norden gewollt werden. Wichtig ist das noch vor der Landtagswahl eine Gesetzesänderung erfolgt, damit Rahmenbedingungen für eine realistische Diskussion, für neue Möglichkeiten im Bildungswesen, vor Ort erfolgen kann.

Beschluss:

Die Bürgermeisterin soll folgenden Inhalt an den niedersächsischen Ministerpräsidenten schriftlich übermitteln:

Die Landesregierung möge eine kurzfristige Gesetzesinitiative in den Landtag einbringen, die den Gemeinden die Einführung von Gesamtschulen wieder ermöglicht.

Stimmergebnis:	Ja-Stimmen:	13
	Nein-Stimmen:	0
	Enthaltungen:	0

- zu 11 **Vereinbarung über die Aufgabenwahrnehmung "Kindertageseinrichtungen" der Städte und Gemeinden mit dem Landkreis**
Vorlage: 0386/2007/2.2

Sach- und Rechtslage:

Die bisherige Vereinbarung über die Aufgabenwahrnehmung „Förderung von Kindern in Kindertageseinrichtungen“ der Städte und Gemeinden mit dem Landkreis (2003-2007) läuft mit diesem Kalenderjahr aus.

In Dienstbesprechungen der Hauptverwaltungsbeamten der Gemeinden, Städte und des Landkreises Aurich wurde die Erarbeitung einer Nachfolgeregelung vereinbart. Eine Arbeitsgruppe, bestehend aus Vertretern der Städte und Gemeinden und des Landkreises hat an einem gemeinsamen Entwurf gearbeitet. Die Städte wurden in dieser Arbeitsgruppe durch die Stadt Aurich vertreten.

Die Stadt Norden hat gegenüber dem Vereinbarungsentwurf der AG/Landkreis einige Änderungsvorschläge eingereicht, die im wesentlichen auf eine Präzisierung einiger Regelungen zielten, um absehbare Auslegungsprobleme mit dem Landkreis und somit denkbare negative finanzielle Folgen (auch für die Stadt Norden) von vornherein zu vermeiden (siehe Anlage 2). Dieser Vertragstext war im Gespräch mit Vertretern der kreisangehörigen Städte und Gemeinden nicht komplett durchsetzbar. Die erreichten Änderungen wurden auch vom Landkreis am 15.10.07 so akzeptiert.

Um den gemeinsamen Verbund aller kreisangehörigen Städte und Gemeinden bei der Wahrnehmung dieser wichtigen Aufgabe beizubehalten, sollte die vom Kreistag schon beschlossene Vereinbarung auch von der Stadt Norden mitgetragen werden.

Weiterhin ist es von hohem Interesse, Einfluss auf das Angebot der Kinderbetreuungseinrichtungen in der Stadt Norden ausüben zu können. Neben sozialpolitischen Elementen ist zunehmend der Standortfaktor der Kinderbetreuung von steigender Bedeutung für das Mittelzentrum Nor-

den.

Deshalb wird die Annahme des beigefügten Vertragstextes vorgeschlagen, obwohl zusätzliche finanzielle Forderungen an die Stadt während der Laufzeit des Vertrages nicht auszuschließen sind.

Wortprotokoll:

Auf Rückfrage erläutert die Verwaltung das Zustandekommen der Vereinbarung. Derartige Vereinbarungen werden in der Regel von den Hauptverwaltungsbeamten der Kommunen gemeinsam erarbeitet. Im vorliegenden Fall hat der Landkreis bereits Beschlüsse gefasst, bevor alle Gemeinden ihren Meinungsbildungsprozess abschließen konnten.

Der Landkreis stellt ein Budget in Höhe von 3,7 Mio. Euro zur Verfügung. Dieses Budget wird auf Grundlage der tatsächlich besetzten Plätze in den Kindertageseinrichtungen verteilt. Es handelt sich um einen variablen Betrag, der abhängig von der tatsächlichen Auslastung und der Qualität der Einrichtungen ist. Zielsetzung ist es das Angebot so zu erweitern, dass es tatsächlich bedarfsgerecht ist. Der bisher gezahlte Betrag von 600 € pro Platz ist künftig keine fest Größe mehr.

Beschluss:

Der Vereinbarung über die Aufgabenwahrnehmung „Förderung von Kindern in Kindertageseinrichtungen und Kindertagespflege“ zwischen den Gemeinden und Städten sowie dem Landkreis Aurich wird in der Fassung vom 15.10.2007 zugestimmt.

Stimmergebnis:	Ja-Stimmen:	11
	Nein-Stimmen:	0
	Enthaltungen:	0

**zu 12 Kindergartenbedarfsplanung 2007 des Landkreises Aurich
Vorlage: 0384/2007/2.2**

Sach- und Rechtslage:

Der Landkreis Aurich hat einen Entwurf seine Kindertagesstättenbedarfsplanung 2007 vorgelegt.

Gem. § 13 KiTaG stellen die örtlichen Träger das vorhandene Angebot an Plätzen in Krippen, Kindergärten, Horten... und den entsprechenden Bedarf an Plätzen in diesen Einrichtungen... fest.

Bei der Feststellung der Bedarfszahlen wirken die Gemeinden, die nicht örtlicher Träger sind, mit; der Entwurf ist mit ihnen zu erörtern.

Den freien Trägern... ist Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben.

Der Entwurf einer Stellungnahme der Stadt Norden ist beigefügt.

Die Stadtverwaltung sollte die Kreisverwaltung zu einem Erörterungstermin einladen. Vorher sollte die Stadtverwaltung den freien Trägern, die in Norden eine Kindertagesstätte unterhalten, die Gelegenheit zur Stellungnahme ermöglichen.

Wortprotokoll:

Herr Rahmann erläutert die Sach- und Rechtslage.

In Rahmen der Diskussion wird darum gebeten festzustellen, wie andere Kommunen im Bereich der Kindertagesstättenbedarfsplanung behandelt werden.

Beschluss:

- 1. Der Ausschuss nimmt vom Entwurf der Kindertagesstättenbedarfsplanung des Landkreises Aurich Kenntnis.**
- 2. Nach einer Erörterungstermin zwischen Stadtverwaltung und Kreisverwaltung ist ein überarbeiteter Entwurf vorzulegen.**

Stimmergebnis:	Ja-Stimmen:	9
	Nein-Stimmen:	0
	Enthaltungen:	1

**zu 13 Stadtbibliothek, Sachstandsbericht "Bibliothekskonzept"
Vorlage: 0253/2007/2.2**

Sach- und Rechtslage:

Der Ausschuss für Freizeit und Bildung hat sich am 21.6.2006 sehr intensiv mit der Zukunftsfähigkeit der Stadtbibliothek beschäftigt (Auszug der Niederschrift liegt an).

Es bestand weitgehende Einigkeit, dass das bisher der Stadtbibliothek verordnete Sparkonzept ihr mittelfristig kein Überleben ermöglicht. Dieser Kurs müsse aufgegeben werden.

Zusammen mit der Beratungsstelle für öffentliche Bibliotheken Weser-Ems sollte ein Bibliothekskonzept erstellt werden.

Die Arbeiten hieran sind zwischenzeitlich aufgenommen worden. Eine Dipl. Bibliothekarin der Beratungsstelle steuert und moderiert die Arbeiten einer Arbeitsgruppe, in der Mitarbeiterinnen der Stadtbibliothek und ein Vertreter der Verwaltung mitarbeiteten.

Es erweist sich als äußerst schwierig, ohne städt. Fachpersonal ein fachlich ausreichendes Bibliothekskonzept zu erstellen, da den Mitarbeiterinnen die entsprechenden Qualifikationen fehlen. Sie fühlen sich für den täglichen Betrieb gerüstet. Mit weitergehenden bibliothekarischen Aufgaben, insbesondere einer zeitgemäßen Weiterentwicklung der Bibliothek, sind sie überfordert. Ferner ist ihre Arbeitszeit so knapp bemessen, dass diese für den täglichen Betrieb benötigt wird.

Die Beratungsstelle für öffentliche Bibliotheken hat nunmehr festgestellt, dass ohne städt. Fachkräfte (zumindest 1 Dipl. Bibliothekar/in) ein Bibliothekskonzept nicht erstellt werden kann.

Die Dipl. Bibliothekarin der Beratungsstelle, Frau Ostrzinski, hat sich deshalb bereit erklärt, die bisher in der Arbeitsgruppe erarbeiteten Ergebnisse zu bündeln und inhaltlich zu einem einfachen Grundlagenpapier „Informationen zur Situation und Zukunft der Stadtbibliothek Norden“ zu ergänzen. Dieses ist als Anlage beigefügt.

Schwerpunkte der Grundlagenermittlung:

- Die Stadtbibliothek wird künftig nicht mehr allen Nutzern in gleicher Qualität gerecht werden können. Deshalb ist die Bildung von Schwerpunkten unvermeidlich. Die Gruppe der Kinder und Jugendlichen soll möglichst weitgehend angesprochen werden, solange sie noch in Norden als Gruppe vorhanden ist. Langfristig wird sich die Bibliothek auf die Gruppe der Senioren konzentrieren. Eine zielgruppenorientierte Bibliothek kann als wichtiger Stabilisator für das Gemeinwesen dienen und einen großen Beitrag zur Lebensqualität vieler Menschen leisten.
- Es wurde ein Gliederungsraster für eine Konzeption abgestimmt. Die Ausgangs-

bedingungen der Stadtbibliothek wurden untersucht. Gearbeitet wurde an einer Umfeldanalyse. Der Auftrag der Bibliothek wurde hinterfragt. Es wurden konkrete Zielgruppen vorgeschlagen. Hieraus wurden konkrete Ziele und Maßnahmen abgeleitet. Eine „Vision“ soll beschreiben was erreicht werden müsste.

- Die räumlichen, finanziellen und personellen Ressourcen der Stadtbibliothek müssen deutlich verbessert werden.

Erste durchgeführte Maßnahmen:

- Die PC-Arbeitsplätze für Besucher sind verdoppelt worden.
- Ein Online-Katalog befindet sich in der Umsetzung. Die Nutzer können dann im Internet in den Bestand der Bibliothek hineinschauen und per e-mail Verlängerungen und Vorbestellungen veranlassen.
- Der Monumentendienst hat Handlungsempfehlungen für das Gebäudes ausgesprochen.
- Ein Freundeskreis befindet sich im Aufbau. Dieser trifft sich regelmäßig.

Die Gemeindebibliothek Bad Zwischenahn hat am Projekt „Bibliotheksprofil“ der Fachstelle für öffentliche Bibliotheken (siehe auch Anlage aus NST-N 9/2007) teilgenommen. Der Ausschuss sollte sich dort über die Ergebnisse informieren. Frau Ostrzinski würde an dieser Besichtigung teilnehmen und das heute von ihr vorgestellte Grundlagenpapier anhand der dortigen Einrichtung erläutern.

Wortprotokoll:

Herr Rahmann erläutert die Sach- und Rechtslage.

Herr Lüers äußert sich erstaunt über die von der Bertelsmannstiftung festgestellten Perspektiven Nordens als schrumpfende, alternde Stadt. Die Feststellungen der Stiftung müsste man zunächst akzeptieren, die Analyse sollte jedoch mit Fragezeichen betrachtet werden.

Bürgermeisterin Schlag weist darauf hin, dass die Stadt, die städtischen Gremien sich entscheiden müssen, was uns die Bibliothek wert ist. Für diese Entscheidung sind gute Grundlagen wichtig. Diese können zum Teil durch eine Besichtigung der Gemeindebibliothek Bad Zwischenahn erarbeitet werden.

Herr Lüers berichtet, dass die Mitarbeiter in der Bibliothek nicht immer gut mit jungen Menschen umgehen können. Er führt ein Beispiel an, bei dem ein Jugendlicher mehrfach gemahnt wurde. Frau Schlag sichert die Nachprüfung des Falles zu, sobald die entsprechenden Unterlagen von Herrn Lüers vorgelegt werden.

Frau Schmelze regt an, zu prüfen, ob eine Rückgabebox zu Verbesserung des Service bei der Bücherrückgabe führen kann.

Beschluss:

- 1. Das Grundlagenpapier „Informationen zur Situation und Zukunft der Stadtbibliothek Norden“ wird inhaltlich anerkannt und bildet die Entscheidungsgrundlage für künftiges städt. Handeln.**
- 2. Die Mittelzentrumsfunktion der Stadt Norden ist durch die personelle und finanzielle Verbesserung der Ressourcen dieser Stadtbibliothek zu stärken.**
- 3. Die Verwaltung soll einen Informationsbesuch dieses Ausschusses in der Gemeindebibliothek Bad Zwischenahn organisieren.**

Stimmergebnis:	Ja-Stimmen:	9
	Nein-Stimmen:	0
	Enthaltungen:	0

**zu 14 Kostenrechnungsbericht 2005 und 2006 der Sozialen Betriebe
Vorlage: 0387/2007/2.2**

Sach- und Rechtslage:

Der Fachdienst Finanzen hat den Kostenrechnungsbericht 2005 + 2006 für die Sozialen Betriebe vorgelegt.

Dieser ist beigefügt.

Die Verwaltung wird die –aus ihrer Sicht- wichtigsten Ergebnisse in der Sitzung kurz erläutern.

Beschluss:

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

Stimmergebnis:	Ja-Stimmen:	9
	Nein-Stimmen:	0
	Enthaltungen:	0

**zu 15 Verwaltungskostenrechnungsbericht 2006
Fachdienst Jugend, Schule, Sport, Kultur
Vorlage: 0391/2007/2.2**

Sach- und Rechtslage:

Der Verwaltungskostenrechnungsbericht 2006 enthält auf den Seiten 62 bis 76 die Produkte des Fachdienstes Jugend, Schule, Sport, Kultur. Eine Produktübersicht finden Sie auf Seite 61.

Für jedes Produkt sind die Kosten und Erlöse, eine Beschreibung sowie die Vorjahresergebnisse angegeben.

Ich bitte Sie, den Ihnen vorliegenden Kostenrechnungsbericht 2006 für die Beratungen mitzubringen.

Wortprotokoll:

Auf Rückfrage erläutert Frau Zitting, dass der Unterhaltungsaufwand für Grundschulen gestiegen ist. Die sächlichen Betriebskosten sind insbesondere durch Energiekostenerhöhungen und erforderliche Reparaturmaßnahmen gestiegen.

Der Zuschuss für die Kindertagesstätten hat sich erhöht da eine Abrechnung für die Kirchengemeinde rückwirkend für mehrere Jahre erfolgt ist.

Beschluss:

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

Stimmergebnis:	Ja-Stimmen:	9
	Nein-Stimmen:	0
	Enthaltungen:	0

- zu 16 Berichtswesen;
Ausführungsstand Verwaltungshaushalt (Fachdienste 2.2 und 2.3)
Umsetzung von Maßnahmen im Vermögenshaushalt
Vorlage: 0379/2007/2.2**

Sach- und Rechtslage:

Auf der Grundlage der Leitlinien zur Haushaltsplanaufstellung und -ausführung im Rahmen der Budgetierung werden die Soll-Ist-Vergleiche für die Fachdienste 2.2 (Jugend, Schule, Sport, Kultur) und 2.3 (Soziales und Liegenschaften) mit Stand Oktober 2007 vorgelegt. Bei den Budgets des Verwaltungshaushaltes wird durch den Vergleich des Haushaltsansatzes mit dem Anordnungssoll (Soll-Ist-Vergleich) der aktuelle Stand dargestellt.

Die Umsetzung der investiven Maßnahmen im Vermögenshaushalt ergibt sich aus den Anlagen „Umsetzung von Maßnahmen im Vermögenshaushalt“

Beschluss:

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

Stimmergebnis:	Ja-Stimmen:	9
	Nein-Stimmen:	0
	Enthaltungen:	0

- zu 17 Dringlichkeitsanträge**

Es liegen keine Dringlichkeitsanträge vor.

- zu 18 Anfragen**

Es liegen keine Anfragen vor.

- zu 19 Wünsche und Anregungen**

Es werden keine Wünsche und Anregungen vorgetragen.

- zu 20 Schließung der Sitzung (öffentlicher Teil)**

Die Vorsitzende schließt die Sitzung um 20.27 Uhr.